Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der **Warmbrunner Nachrichten**

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen.
Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund"
Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 1.60 Mk., frei Haus monatlich 0,60 Mk.
Durch die Post vierteljährlich 1,85 Mk., monatlich 0,70 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 20 bezw. 40 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 7 | Mittwoch, den 9 Januar 1918 | 36. Jahrgang

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

6. Januar. An der flandrischen Front erhöhte Gefechtstätigkeit. Französische Vorstöße in der Champagne und im Walde von Ailly werden abgewiesen. — 15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone werden abgeschossen. — Im Tombagebiet und an der Brenta Artilleriekampf.

7. Januar. Bei Ypern und auf den nach Cambrai führenden Straßen heftige Artilleriekämpfe.

Lloyd Georges Kriegsziele.

Einen Tag nach Ablauf der Frist, die den Westmächten von ihren russischen Verbündeten für den Anschluß an die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk gestellt worden war, hat der britische Ministerpräsident sich wieder einmal des näheren über die Kriegsziele der Entente ausgelassen. Man muß zugestehen: darin liegt eine besondere Feinheit, die in St. Petersburg wohl richtig gewürdigt werden wird. Lloyd George wollte sagen: Ihr Lenin und Trotzki könnt reden und telegraphieren soviel Ihr wollt, von Euch lasse ich mir noch lange keine Vorschriften machen. Aber kaum war die Frist abgelaufen, da ließ er die Vertreter der Gewerkschaften zu sich kommen und schenkte ihnen klaren Wein ein über das Friedensprogramm, wie er es sich nach gründlicher Überlegung mit Asquith, Grey und einigen Ministern der überseeischen Besitzungen des Reiches ein- für allemal zurechtgelegt hat. Und Reuter beeilt sich nun, der ganzen Welt die neuen Offenbarungen des britischen Kriegsgeistes vorzusetzen. Man höre und man staune!

Zunächst: was England nicht will. Weder Deutschland noch das deutsche Volk sollen zerstört oder zugrunde gerichtet werden, man will es nur fürsorglich von seinen Plänen einer militärischen Beherrschung der Welt ablenken, damit es alle seine Kraft nützlicheren Dingen widmen könne. Wahrhaft väterlich gedacht, nicht? Auch die Verfassung des Deutschen Reiches soll nicht abgeändert werden, wenn man auch die Einführung einer wirtschaftlichen Demokratie als den besten Beweis für die endgültige Beseitigung des Geistes der Militärherrschaft wohlwollend begrüßen würde. Mehr können wir schon eigentlich gar nicht mehr verlangen, aber — nun kommt erst die fordernde Seite der britischen Kriegsziele. Also zuerst: vollständige Wiederaufrichtung und Entschädigung Belgiens. Dann: Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen. Bis zum Untergang will Lloyd George an der Seite Frankreichs kämpfen, und dessen Verlangen nach „Wiedererwägung" des „großen Unrechts von 1871" zu unterstützen, das, solange es nicht geheilt sei, keine gesunden Zustände in Europa wieder zulasse. Über Rußland will er nicht viele Worte verlieren. Genug, daß Deutschland es mit Phrasen einzuwickeln suche, während es nicht in seiner Absicht liege, auch nur eine der Provinzen und Städte, die es besetzt halte, zurückzugeben. Wenn die neuen russischen Machthaber unabhängig von ihren Verbündeten vorgehen wollten, würde ihr Land der Katastrophe verfallen, und dagegen würden die Westmächte nichts ausrichten können, obwohl sie sonst stolz darauf wären, Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Und was Polen betrifft, so müssen natürlich auch die preußischen Anteile dem unabhängigen Königreich einverleibt werden, ehe von einem Gleichgewicht der Kräfte in Osteuropa die Rede sein kann. Ähnlich steht es mit den slavischen Volksteilen Österreich-Ungarns, das aber beileibe nicht etwa aufgelöst werden soll; nur ausgeschlachtet soll es werden, wie ein gefallenes Tier, damit es nicht länger im Verein mit seinem deutschen Bundesgenossen ein Wort mitzusprechen hat im Rate der großen Völker. Und so müssen natürlich auch die Italiener bei der Verteilung des alten Kaiserstaates auf ihre Kosten kommen, und nicht zu vergessen die Rumänen, deren Bestrebungen auf Vereinigung aller ihrer Volksgenossen unter dem glorreichen Regiment eines Bratianu unbedingt Gerechtigkeit geschehen muß. Bleibt nur noch die außereuropäische Länderverteilung. Nun, was ist da selbstverständlicher, als daß Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina den Ententeländern dauernd erhalten bleiben, während die deutschen Kolonien „zur Verfügung der Konferenz" gehalten werden müssen, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bevölkerung dieser Kolonien nehmen muß. Zum Schluß folgt dann noch der übliche Schwanz von Redensarten gegen den U-Boot-Krieg, die Drohung mit der Vorenthaltung von Rohstoffen und der Ausblick in das Zukunftsparadies [illegible]-lebens — und Lloyd George hatte sich [illegible] einmal seiner Aufgabe glänzend entledigt.

Was ist zu solchen Phantasien noch viel zu [illegible]? Sachlich natürlich ganz und gar nichts, denn von diesen Kriegszielen sind die Herren von der Gegenseite jetzt, zu Beginn des Jahres 1918, weiter entfernt als je zuvor. Es kennzeichnet nur den unbeirrbaren Hochmut dieser Welteroberer, daß sie die Mittelmächte nach wie vor wie einen schon halb unterlegenen Gegner behandeln, an dessen Bahre man sich bald zum Leichenschmaus niedersetzen werde. Aber die Russen werden sich nun von neuem davon überzeugen können, wie der allgemeine Friede ohne Annexionen und [illegible]schädigungen aussieht, den sie von und mit den Ententemächten erreichen können. Und bei uns und unseren Verbündeten wird vielleicht noch manchem endlich ein Licht darüber aufgehen, wie lange wir den Krieg noch fortsetzen müssen, bis wir mit unserem Friedensprogramm Gnade vor den Augen der grundsätzlichen Kriegsz[illegible], zu deren Wortführer sich Lloyd George wieder einmal gemacht hat, finden würden.

*

Henderson und Lansdowne.

Der englische Arbeiterführer Henderson, ehedem auch Mitglied des Ministeriums, sagte in einer Besprechung der Rede Lloyd Georges, die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen. In einigen Beziehungen, sagte er, verkörpert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, welche die Arbeiterschaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgestellt hat. Die Arbeiterschaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen Bund der Nationen und Völker zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderungen dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dies erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abstandnahme von allen Versuchen hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts. Die Arbeiter fordern nicht nur die Vernichtung des Militarismus in Deutschland sondern überall. Zum Schluß richtete Henderson einen Appell an die russischen Kameraden. Wenn diese irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Mittelmächten für einen allgemeinen Frieden erzielten, so fordere er die Russen auf darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage zur Erwägung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden.

Henderson vermied ängstlich, davon zu sprechen, daß die kriegführenden Regierungen ohne Ausnahme ja schon aufgefordert sind, in Brest-Litowsk zu den Friedensbesprechungen zu erscheinen, es aber vorgezogen haben, diese Aufforderung stillschweigend abzulehnen. Wozu also der mindestens bei dieser Sachlage sonderbar anmutende Wunsch um abermalige Aufwartung bei den westlichen Alliierten. Warum erzählt Henderson den Arbeitern nichts von diesen Angelegenheiten?

Der kürzlich infolge seines bekannten Briefes so viel erwähnte Lord Lansdowne meinte in einer Unterredung, er kenne vorläufig die Rede Lloyd Georges zwar nur im Auszuge, aber er habe mit Befriedigung bemerkt, daß der Premierminister in den bestimmtesten Wendungen den Grundsatz bekräftigt habe, daß England niemals nach großer Macht gestrebt habe, sondern vielmehr danach, sich von den Hoffnungen und Plänen des Militarismus abzuwenden. Er stimme mit der Ansicht des Premierministers überein, daß ein gerechter dauerhafter Frieden nur auf den drei von Lloyd George dargelegten Bedingungen gegründet sein könne. Die Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland würde in sich schließen, daß der alte Geist militärischer Herrschaft ausgespielt habe.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 7. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittage heftige Artilleriekämpfe. — Auch zwischen der Miette und der Aisne beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert. — Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vorfelde der Stellungen beschränkt.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische und Italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Wien, 7. Jan. Der amtliche Heeresbericht meldet keine besonderen Ereignisse.

Große U-Boot-Beute im Mittelmeer.

36 000 Tonnen versenkt.

Amtlich wird gemeldet: Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Piombino wirkungsvoll beschossen.

Schneidigem U-Boot-Angriff sind im westlichen Mittelmeer weiterhin 8 Dampfer und 3 Segler mit rund 36 000 Br.-Reg.-To. zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhren sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen.

Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien; er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Dampfer waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen gründlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Falle aus einem Geleitzug in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug versenkt und aus einem weiteren Geleitzug von 3 Schiffen im Doppelschuß 2 Dampfer versenkt wurden.

Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befanden sich die italienischen Dampfer „Attualita" (4791 Br.-Reg.-To.) „Monte Rianco" (6968 Br.-Reg.-To.). Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner „Givlio S", hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Kap San Vito (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Basel, 7. Jan. Wie verlautet [illegible] Bern als Versammlungsort vorgeschlagen, weil die Schweizer Bundesstadt infolge ihrer günstigen geographischen Lage bessere Möglichkeiten biete, die Sozialisten in den kriegführenden Ländern zu beeinflussen.

Bern, 7. Jan. Die französische Regierung hat wegen des Bombenabwurfs über Mutteuz und Mencikow um Entschuldigung gebeten.

Bern, 7. Jan. Wie „Secolo" aus Rom meldet, sind der Parteisekretär der sozialistischen Partei Lazzari und der Sozialist Cavalieri wegen Propaganda gegen den Krieg angeklagt worden.

Zürich, 7. Jan. In Jassy und Galatz haben die Amerikaner Bureaus eingerichtet, die russische Offiziere für die amerikanische Armee erfassen, wobei sie die Notlage der Russen nach Kräften ausnutzen.

Vor der Entscheidung.

Wie steht es um die Verhandlungen in Brest-Litowsk?

A-dt **Berlin. 7. Januar.**

Die Ereignisse in Brest-Litowsk, die man bei uns allgemein als Zwischenfall bezeichnet, haben eine eigenartige Atmosphäre der Unruhe und Erwartung, der Spannung und leider auch — der Gerüchtmacherei geschaffen. Wenn es erlaubt ist, aus den mannigfachen Äußerungen der Parlamentarier und der Presse von rechts und links ein Urteil über die Stimmung zu fällen, so darf man sagen, daß die Mehrheit des Reichstages der Anschauung ist, daß die strittige Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker letzten Endes von den Volksvertretungen entschieden werden muß und daß es demgemäß durchaus gerechtfertigt war, wenn unsere Unterhändler in Brest-Litowsk die in den besetzten Gebieten vor dem Kriege vorhandenen oder während desselben entstandenen Volksvertretungen als die nächsten Träger des Volkswillens bezeichneten.

Es darf dementsprechend behauptet werden, daß die Mehrheitsparteien — alle Gerüchte von Zersplitterungen sind unzutreffend — entschlossen sind, die Politik des Reichskanzlers und des Staatssekretärs v. Kühlmann nachdrücklich zu unterstützen. Diese Auffassung der Lage dürfte auch in der Besprechung zum Ausdruck gekommen sein, die der Kanzler am Sonntag mit den Führern der Fraktion abhielt. Hierbei ist auch wohl das Gerücht vom Abschiedsgesuch des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff zur Sprache gekommen, das dann später durch eine amtliche Erklärung als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet wurde. Der Kanzler gab im übrigen ein durchaus beruhigendes Bild der Lage. Der Eindruck seiner Worte wird gewissermaßen verstärkt durch eine Veröffentlichung der halbamtlichen Nordd. Allgem. Ztg., die hervorhebt, daß keineswegs die deutschen Unterhändler den Zwischenfall von Brest-Litowsk herbeigeführt hätten, sondern vielmehr die Vertreter Rußlands, die irgendeiner Regung oder Strömung plötzlich nachgegeben haben. Das halbamtliche Blatt gießt Öl auf die Wogen des Meinungsstreites, der in den letzten Tagen um Brest-Litowsk entbrannt war, indem es schreibt: „Loyal, wie bisher, wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen; kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgendeiner Weise den Anschluß an die unsere Vernichtung bezweckenden Pläne der Westmächte erstreben."

In diesem Zusammenhange muß schließlich auch die Sonntagssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Erwähnung finden, von der man hier und da Beschlüsse von unübersehbarer Tragweite erwartet hatte. Gemäß der Vermutungen aller kühlen Köpfe, die Politik noch immer für die Kunst des Erreichbaren halten, brachte die Versammlung die Entschließung, daß sie die ehrliche Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung aller Völker erwarte.

Alles in allem — der Streit um den Zwischenfall in Brest-Litowsk, der mit echtdeutscher Gründlichkeit geführt worden ist und dabei die Dinge ins Maßlose vergrößert hat, ist auf das richtige Maß zurückgeführt. Die zehntägige Frist für den Verband — in stellen die Delegierten

der Mittelmächte in einer Note an den Vorsitzenden der Petersburger Delegation ausdrücklich fest — ist abgelaufen. Trotzki ist an der Spitze der Delegation in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen mit den Ukrainern nehmen einen befriedigenden Verlauf. — Die nächsten Stunden werden die Entscheidung bringen, ob wir auch mit den Russen weiter verhandeln. Wollen sie noch heute aufrichtig den Frieden, wie in den Weihnachtstagen, so gibt es kein ernsthaftes Hindernis für die Fortsetzung der Verhandlungen.

*

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 7. Januar.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte zunächst General Friedrich auf eine Anfrage, daß weder die deutsche, noch die englische oder französische Regierung Versuche der Sabotage der Kriegsgefangenen billigen oder organisieren.

Es folgte die Beratung wirtschaftlicher Fragen. In einer von der Regierung mitgeteilten Denkschrift über wirtschaftliche Verhandlungen in Brest-Litowsk wird ausgeführt, daß die Russen an einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nicht denken. Sie haben aber ein Vorurteil gegen den Handelsvertrag mit Deutschland, der bis zum Kriegsausbruch bestanden hat. Die Russen fühlen sich durch diesen Vertrag benachteiligt, was deutscherseits bestritten wird. Die Statistiken beider Länder decken sich nicht und geben daher abweichende Bilder. Die Russen sind also für die Erneuerung des früheren Handelsvertrages bisher nicht zu gewinnen gewesen, sind aber zu Verhandlungen über einen neuen Vertrag bereit.

Die weiteren Verhandlungen waren zunächst vertraulich.

Finnlands Selbständigkeit anerkannt.

Deutsche amtliche Erklärung.

Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. dieses Monats beauftragt, den in Berlin anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Professor Erich und Direktor Sario, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Bussche, die drei Bevollmächtigten empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt.

*

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet, wurden in verschiedenen Gouvernements Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tomsker und Gordemangener Sowjetgebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Löschungsversuche waren vergebens. In Samara fand eine Explosion im Rathause statt, wo der Sowjet tagte. Sieben Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

Gesperrte Bankguthaben der Verbandsbotschaften.

Ein bedeutsames Licht auf das Verhältnis Rußlands zu den Verbündeten wirft folgende Petersburger Meldung:

Der Volkskommissar des Äußeren hat den russischen Banken verboten, irgendwelche Depositen an fremde Botschaften zurückzugeben, solange die Gelder der alten Regierung, die außer Landes deponiert sind, den Volkskommissaren vorenthalten werden.

Danach hat also Rußland das in England hinterlegte Geld bisher vergeblich zurückgefordert. Wenn jetzt die Bankkonten gesperrt werden, so werden damit zugl[illegible] gegenrevolutionären Umtriebe unmöglich gemacht.

Weshalb Rußland Frieden braucht.

Im Gegensatz zu verschiedenen russischen Zeitungen, die Hetzartikel veröffentlichen, schreibt „Nowaja Shisn" zu den Verhandlungsschwierigkeiten: „Wie, Mitbürger, denkt ihr wirklich wieder den Krieg mit Deutschland zu beginnen, nachdem das Offizierskorps vernichtet, die Front in eine chaotische Masse verwandelt und die wenigen widerstandsfähigen Abteilungen an inneren Kämpfen beteiligt sind, nachdem die gesamte Waffenindustrie abgeschafft ist? Wollt ihr Krieg anfangen, wo die gesamte Popularität der Ratsregierung darauf beruht, daß sie einen rechtmäßigen, demokratischen Frieden zu [illegible]ffen im Begriff stand?"

Kerenskis Rechtfertigung.

Der ehemalige Diktator Kerenski hat einen vollständigen Bericht über seine Verwaltung verfaßt, in dem er alle Einzelheiten des Verlaufs der Revolution schildert. Er gibt ein Bild von der Lage an der Front und legt die Gründe für die Verbannung des Zaren nach Tobolsk dar. Das Schriftstück soll der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt werden.

Die Handelspolitik der Maximalisten.

Die russischen Blätter veröffentlichen ein bemerkenswertes Gespräch mit dem Volkskommissar Lunatscharski über die zukünftige russische Handelspolitik. Die Volkskommissare planten demzufolge, amerikanischen Geschäftsleuten vorteilhafte Konzessionen in Rußland auf zehn Jahre zu überlassen, wodurch sie sich bedeutende Summen verschaffen könnten. Amerika wolle dafür große Anleihen bewilligen. Der russische Außenhandel soll Staatsmonopol werden. Es soll sich dabei um einen eigentlichen Tauschhandel ohne Berücksichtigung von Geldwerten handeln. Schweden habe bereits auf dieser Grundlage Lieferungen angeboten.

Vom Tage.

Sarrails betrübliche [illegible].

Die Pariser haben die Freude, den [illegible] Kommandeur an der Salonikifront, General Sarrail, in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen. Er ist soeben in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Der Angst um den gänzlichen Fehlschlag der Salonikiexpedition wird in der französischen Presse unverhohlen Ausdruck gegeben. So schrieb das „Journal", die Lage auf dem Balkan sei für die Alliierten alles andere als rosig. Wolle man etwa den Fehler machen, die jetzigen vorgeschobenen Stellungen zu opfern und sich auf die Verteidigung Salonikis beschränken, so werde das den deutschen Regimentern den Weg nach Athen öffnen, und das sei gleichbedeutend mit König Konstantins Wiederkehr. Komme es aber dahin, dann könne man sich auf einen Frieden gefaßt machen, dem man nichts mehr verweigern könne, nicht einmal Elsaß-Lothringen.'

Das kann man in Paris sowieso mit aller Bestimmtheit tun. Der gescheiterte General Sarrail aber kann mit Clemenceau, der von allem Anfang das Salonikiabenteuer mit aller Kraft bekämpfte, gemeinsam Klagelieder anstimmen.

Mexiko regt sich wieder.

Aus Washington wird gemeldet, die mexikanische Regierung habe beim Staatsdepartement der Vereinigten Staaten Einspruch erhoben gegen die Anwesenheit von Truppen der Vereinigten Staaten auf mexikanischem Gebiete. Kavallerie der Vereinigten Staaten hielt sich mehrere Stunden auf mexikanischem Gebiete auf.

Wilson hat Pech. Während sein Mund übertrieft von salbungsvollen Worten über seine Aufgabe, in Europa Recht und Gerechtigkeit zu begründen, sendet seine Hand Truppen aus zu Überfällen auf benachbarte kleinere Staaten.

Bolschewikipläne der englischen Arbeiter.

In einer Erklärung der englischen Arbeiterpartei wird gesagt, nicht diese oder jene Einrichtung im Lande sei verbesserungsbedürftig, sondern die ganze englische. Der Krieg habe dies zum Erstaunen der Staatsmänner und Behörden gelehrt. Es müsse ein sozialer Neubau begonnen werden. Jedes Ministerium werde dazu gezwungen werden. Die Eckpfeiler des neuen Gebäudes ruhen auf der demokratischen Kontrolle über die Industrie und der Revision der nationalen Finanzverhältnisse unter Verwendung des überflüssigen Reichtums zum gemeinsamen Besten.

Zwischen diesen Vorschlägen und den Zielen der russischen Bolschewiki ist nicht viel Unterschied zu erkennen.

Polizeityrannei in den Vereinigten Staaten.

Aus Amerika heimgekehrte Schweden berichten, daß in den Vereinigten Staaten zurzeit ein wahrhaft tyrannisches Polizeiregiment herrsche. In allen Gesellschaftsklassen seien geheime Spione an der Arbeit, um den Kampf gegen die Anhänger des Friedens rücksichtslos durchzuführen. Es geschehe nicht selten, daß Leute, die sich kritisch äußern, auf offener Straße verhaftet wurden. Trotz aller gewaltsamen Propaganda sei der Krieg beim Volke unpopulär. Vor allem fürchteten die Soldaten den Transport über das Meer, da gerüchtweise bekannt geworden, daß bereits große Transportdampfer versenkt worden seien. Fast täglich brächen Ausstände aus, die von der Regierung mit militärischer Hilfe unterdrückt werden.

Die Frage, in welchem Lande nach dem Sturze des Zaren die schärfste Autokratie wucherte, ist schon einigemal zugunsten der unter dem Präsidenten Wilson stehenden Gebiete entschieden worden.

Eine englische Stimme der Ehrlichkeit.

Die Londoner Wochenschrift „Nation" kommt bei einer Untersuchung über die Kriegsfrage zu dem Resultat, daß es im tiefsten Sinne keinen Sieg für irgendeinen Kriegsteilnehmer gäbe. Aber in einem gewissen Sinne wäre es möglich, daß die Alliierten siegten und trotzdem unterlägen. Sie könnten die Niederlage Deutschlands erzielen, wenn sie einen klaren und vernünftigen Begriff von dem Kriegsziel hätten, das sie zu erreichen suchen. „Nation" stellt dann eine lange Liste der von den verschiedensten Interessenkreisen verkündeten und ebenso verschiedenen Kriegsziele auf und sagt schließlich: „In Wirklichkeit waren alle diese „Kriegsziele" nur Vorwände, um den Krieg zu verlängern. Aber ein Krieg, der unnützerweise verl[illegible] ein verlorener Krieg."

Schiffdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen]

Einig im Ziele.

Berlin, 7. Jan. Gegenüber den Gerüchten, daß zwischen unserer Heeres- und politischen Leitung Meinungsverschiedenheiten über Brest-Litowsk bestehen, können wir versichern, daß jetzt zwischen beiden Behörden volle Übereinstimmung herrscht. Unsere Delegierten in Brest-Litowsk kennen genau den Weg, den sie zum Heile des Vaterlandes zu gehen haben.

Zwei Lesarten.

Berlin, 7. Jan. Vielfach wurde behauptet, daß die Erklärungen vom 28. Dezember über den Stand der Verhandlungen mit Rußland nicht übereingestimmt hätten mit den Äußerungen der russischen Delegation. Nach Einsichtnahme in das Verhandlungsprotokoll sei betont, daß die deutsche Darstellung richtig ist.

Pour le mérite.

Berlin, 7. Jan. Der Kaiser hat dem Korvettenkapitän Kophamel, den Kapitänleutnants Wünsche und Rose, dem Oberleutnant Fricke und dem Oberleutnant zur See Howaldt den Orden Pour le mérite verliehen.

Der neue badische Bundesratsbevollmächtigte.

Berlin, 7. Jan. Laut Reichsanzeiger ist Staatsminister Dr. Freiherr von und zu Bodmann zum Bundesratsbevollmächtigten Badens ernannt worden.

Riga will deutsch werden.

Königsberg i. Pr., 7. Jan. Die Rigaer Kaufmannskammer hat sich in einer am 4. Januar abgehaltenen Versammlung einstimmig für eine Angliederung Rigas und des Baltenlandes an Deutschland ausgesprochen und von ihrem dahingehenden Beschluß das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft in Kenntnis gesetzt.

Die neuen russischen Gesandten.

Petersburg, 7. Jan. Trotzki tut kund, daß Bürger Karpinsky vorläufig zum Vertreter Rußlands, in der Schweiz und Bürger Litwinow vorläufig zum Vertreter in England ernannt worden ist. Die russischen Gesandtschafts- und Botschaftsbeamten in den beiden Ländern werden aufgefordert, Karpinsky und Litwinow die Geschäfte zu übergeben. Jeder Widerstand gegen die Befehle der neu ernannten Diplomaten werde als Staatsverbrechen geahndet werden.

Was die Ukraine fordert.

Zürich, 7. Jan. Die Delegierten der Ukraine überreichten in Brest-Litowsk folgende Note: Die Ukraine verlangt allgemeinen Friedensschluß zwischen allen Kriegführenden und völlige Autonomie und Selbständigkeit für alle Völker. Ferner Anerkennung des Grundsatzes: Keine Kriegskontribution und keinen Schadenersatz; Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen [illegible]publik, eigene Regierung und Armee [illegible] diplomatische Vertretung. Der Friede müsse durch die Vertreter aller unabhängigen Republiken der russischen Konföderation bindend unterzeichnet werden.

Die Vertreter der Ukraine legen den größten Wert darauf, völlig selbständig neben der russischen Delegation zu verhandeln.

Vom Schneidergesellen zum Generalkonsul.

Christiania, 7. Jan. Zum russischen Generalkonsul in Christiania [illegible]rde ein hier wohnender russischer Schneidergeselle namens Beitler ernannt.

Die unmöglichen Maximalisten.

Genf, 7. Jan. In Übereinstimmung mit den Rußland gewidmeten Sätzen Lloyd Georges in seiner gestrigen Rede hält die französische Regierungspresse jeden Versuch für aussichtslos, mit den Maximalisten zusammenzugehen.

Japan protestiert.

Russische Grenze, 7. Jan. Nach Petersburger Meldungen hat die japanische Regierung gegen die Veröffentlichung der Geheimakten Einspruch erheben lassen.

Kohlennot in Amerika.

Haag, 7. Jan. Die Beschlagnahme der amerikanischen Eisenbahnen durch die Regierung wurde in erster Linie veranlaßt durch die steigende Kohlennot, die allein in den Häfen von Newyork Schiffe von über eine Million Bruttotonnen zur Untätigkeit verurteilt. Die Kohlennot hindert die Kriegführung, und keine Abstellung ist in Sicht.

Der Enckesche Komet gefunden.

Hamburg, 7. Jan. Dem Direktor der Hamburger Sternwarte Professor Dr. Schorr ist es gelungen, auf einer am 31. Dezember aufgenommenen Platte den periodischen Kometen Encke aufzufinden. Das Gestirn steht am westlichen Ende des Sternbildes der Fische, ist aber sehr lichtschwach.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ In einer Ansprache König Ludwigs an die stellvertretenden kommandierenden Generale heißt es unter anderem: „Noch ist das Ziel nicht erreicht! Stärken Sie deshalb weiterhin den Boden, der den Streiter trägt, damit sein Schwert auch ferner scharf geführt werden kann, zum baldigen Erringen eines ehrenvollen, der gebrachten schweren Opfer würdigen Friedens! Das hehre Bewußtsein treuester Pflichterfüllung möge Ihnen hierbei weiterhin Schaffensfreude geben und wird Ihnen der schönste Lohn sein."

✚ Seit gestern weilt der polnische Regentschaftsrat in Berlin. Exzellenz Erzbischof Dr. v. Kakowski, metropolit von Warschau, Seine Durchlaucht Fürst Zizislaw Lubomirski und Exzellenz Josef v. Ostrowski, in deren Begleitung sich u. a. Ministerpräsident v. Kucharzewski befindet. Sie wurden auf dem Bahnhof von dem Oberkommandierenden der Marken Exz. v. Kessel begrüßt. Die Herren besuchten bald nach ihrer Ankunft den Reichskanzler und waren am Abend zu einem ihnen zu Ehren veranstalteten Festmahl geladen. Heute werden die Herren vom Kaiser empfangen.

✚ Über Währungs- und kreditpolitische Fragen wird gegenwärtig in Berlin zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. v. Wekerle und dem österreichischen Finanzminister Wimmer und den leitenden deutschen Stellen beraten. Mit den handelspolitischen Verhandlungen, die auf die zukünftige Gestaltung des wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den Mittelmächten Bezug haben, steht diese Reise nach Berlin der beiden Finanzminister nicht in unmittelbarem Zusammenhange.

✚ Nach dem neuen Beschluß des Bundesrates über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung erhält derjenige, der aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, die eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausgezahlt. Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

✚ Durch Gesetz vom 4. März 1917 ist zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer den Stadt- und Landgemeinden in Preußen die Befugnis gegeben worden, für das Jahr 1917 durch Gemeindebeschluß anzuordnen, entweder, daß bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrundegelegt wird, oder, daß bei der gesetzmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürger-(Gemeinde)-Rechts genügen, eine Minderung der veranlagten Steuersätze oder der Einkommensbezüge außer Betracht bleibt. Es ist damit zu rechnen, daß die Geltungsdauer dieser gesetzlichen Bestimmungen in allernächster Zeit auf das Jahr 1918 erstreckt wird.

Österreich-Ungarn.

✕ Die Angelegenheit des deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages interessiert lebhaft die politischen Kreise in Ungarn. Der Staatssekretär im Handelsministerium Elemer Hantos erklärte, daß die Verhandlungen bezüglich des Handelsvertrages noch im Gange seien, und daß die Gerüchte, es sei bereits eine Vereinbarung zustande gekommen, noch verfrüht waren. Da Ungarn mit Österreich einen langfristigen Ausgleich abgeschlossen habe, haben auch die Verhandlungen mit Deutschland auf dieser Grundlage begonnen. Den Ausgangspunkt der Verhandlungen mit Deutschland bildet das Bestreben, einen engeren Wirtschaftsverkehr wie den bisherigen zu schaffen, infolgedessen wird der Handelsvertrag mit Deutschland wahrscheinlich auf längere Zeit abgeschlossen werden.

Schweiz.

[illegible] über ein Wirt[illegible] der Schweiz mit England stehen nach Genfer Meldungen unmittelbar bevor. Die britische Regierung wird nach dem Beispiele Deutschlands und Frankreichs von der Schweiz regelmäßige Vorschüsse zur Bezahlung ihrer Aufträge in der Schweiz fordern. Selbstverständlich wird die Schweiz ihrerseits Vergünstigungen verlangen. Die Verhandlungen werden bald beginnen.

Holland.

✕ Den Reisenden wird in den letzten Tagen die Überfahrt nach Nordamerika unmöglich gemacht. 70 Passagieren, die auf einem holländischen Dampfer nach Newyork fahren wollten, sind die Pässe verweigert worden. Das amerikanische Konsulat verweigert die Auskunft über diese Maßnahme. Da in Norwegen ebenso verfahren wird, m[illegible] Zugang zu den Vereinigten Staaten als ge[illegible]htet werden.

Spanien.

✕ [illegible]ärung in der spanische[illegible] Der Kriegsminister erklärte, er habe erfahren, daß unter den Unteroffizieren eine Bewegung im Gange sei, um Verteidigungsvereine zu gründen. Er habe versucht, dies zu verhindern, doch hätten die Unteroffiziere Versammlungen veranstaltet, außerdem [illegible]ehrten sie zwischen den

einzelnen Garnisonen vermittelst chiffrierter Schriften. Der Kriegsminister hat den Ministerrat von den ergriffenen Maßnahmen verständigt. Die verfassungsmäßigen Bürgschaften nicht aufgehoben worden.

Amerika.

× **Die Unruhen in Argentinien**, von denen in letzter Zeit amerikanische Blätter wiederholt Meldungen brachten, haben jetzt einen ernsten Charakter angenommen. Gelegentlich eines Streiks in den Lebensmittelfabriken von Buenos Aires kam es zu Straßenkämpfen zwischen Heizern und Polizei, bei denen mehrere Polizisten und viele der Streikenden verwundet wurden. Hunderte wurden verhaftet. Die Volksführer benutzten dies Ereignis, um gegen „die Autoritäten, die die ausländischen Ausbeuter der argentinischen Arbeiter stützen", zu hetzen.

× [illegible] Botschaft [illegible] dem Kongreß der Vereinigten Staaten seine Vorschläge betreffend das **Vorgehen der Regierung gegenüber den Eisenbahnen** vor. Danach sollen die Eisenbahngesellschaften eine angemessene Entschädigung erhalten und ein Betrag von 500 Millionen Dollar für Instandhaltung und Verbesserung der Eisenbahnen vorgesehen werden. Wilson legte besonderes Gewicht auf die den Aktionären der beschlagnahmten Eisenbahnen zu leistenden Bürgschaften.

Aus In- und Ausland.

Magdeburg, 7. Jan. Bei der Ersatzwahl zum preußischen Landtage wurde der Ministerialdirektor im Reichsschatzamte Schiffer als nationalliberaler Abgeordneter wiedergewählt. An der Wahl beteiligten sich 509 Wahlmänner, die sämtlich ihre Stimme für Schiffer abgaben.

Wien, 7. Jan. Engelbert Pernerstorfer, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses ist achtundsechzigjährig in Wien gestorben.

Christiania, 7. Jan. Im Staatsrat wurde bei der Besprechung der Rechnungsergebnisse 1916/17 mitgeteilt, daß Norwegen 117 Millionen Kronen Überschuß, die größte je verzeichnete Summe, gehabt hat.

Konstantinopel, 7. Jan. Der Thronfolger Prinz Wahid Eddin ist gestern sogleich nach seiner Rückkehr vom Sultan in Audienz empfangen worden, wobei er über seinen Besuch in Deutschland Bericht erstattete.

Genf, 7. Jan. Wie der „Matin" berichtet, hat die Entente die ukrainische Republik anerkannt. Die Entsendung eines Botschafters nach Kiew wird als bevorstehend angesehen.

(Hauptausschuß — Schluß!)

Abg. Dr. Rösicke (kons.) wünscht den gegenwärtigen deutsch-russischen Handelsvertrag noch einige Zeit nach dem Friedensschluß weiter bestehen und dann durch einen neuen Vertrag ersetzt zu sehen. Eine Meistbegünstigsklausel nach dem Muster des Frankfurter Friedensvertrages von 1871 wäre schädlich. Abg. Mayer (Zentr.) verlangt eine Klausel, die das Höchstmaß der Zölle festlegt. Abg. Graf Schwerin (kons.) zieht die bedingte Meistbegünstigung der unbedingten vor.

Abg. Dr. Naumann (Vp.) erklärt, daß über Handelsverträge erst beschlossen werden könne, wenn der Handel wieder im Gange sei. Wünschenswert wäre ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis mit Rußland, wobei Handel und Verkehr sich möglichst frei zu gestalten hätten.

Gegen 6¼ Uhr vertagt sich das Haus.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 9. Januar.

Sonnenaufgang	8[11]	Mondaufgang	4[54] V.
Sonnenuntergang	4[08]	Monduntergang	12[38] N.

1873 Napoleon III. in Chislehurst gest. — 1878 Viktor Emanuel II König von Italien, gest. — Die türkische Armee wird von den Russen im Schipkapaß gefangengenommen. — 1908 Dichter und Zeichner Wilhelm Busch gest. — 1909 Shackletons Südpolarexpedition erreicht 88° 23' südl. Breite.

Fleischverkauf.

Freitag für Gruppe L–Z

Sonnabend für Gruppe A–K

Von der Talbahn.

Die Talbahn hat jetzt die Stadt Hirschberg um Erhöhung des Tarifs gebeten ab 1. Januar 1918, nachdem sie eine Tariferhöhung bereits im Jahre 1914 geplant, aber wegen des Krieges dann zurückgestellt hatte. Der neue Tarif setzt die Fahrpreise nach der Zahl der zurückgelegten Kilometer fest.

Die ganze Bahn von Hirschberg-Bahnhof bis Hermsdorf ist in 9 und vom Bahnhof Hirschberg bis Obergiersdorf in 11 gleich lange Teilstrecken eingeteilt. Die ersten beiden Teilstrecken, welche ein Fahrgast durchfährt, einerlei, auf welchem Streckenteil, kosten 15 Pfg., jede weitere Teilstrecke 5 Pfg. mehr. Hieraus ergeben sich, vom Bahnhof Hirschberg aus gerechnet, folgende Fahrpreise:

bis Deutscher Kaiser	15 Pfg.,
bis Drei Eichen	20 Pfg.,
bis Erholung	25 Pfg.,
bis Ernst's Gasthof	30 Pfg.,
bis Schloßplatz Warmbrunn	35 Pfg.,
bis Werkenthinschule	40 Pfg.,
bis Stauweiher	45 Pfg.,
bis Hermsdorf	50 Pfg.,
auf der Giersdorferstrecke	
bis Füllnerpark	40 Pfg.,
bis Rotwasserbrücke	45 Pfg.,
bis Nieder-Giersdorf	50 Pfg.,
bis Mittel-Giersdorf	55 Pfg.,
bis Ober-Giersdorf	60 Pfg.

Die Talbahn weist darauf hin, daß durch die Verkehrssteuer von 0,6 Pfennig und die Kohlensteuer (20 v. H. vom Wert der gelieferten Kohlenmenge) der bisherige Tarif sich auf 11—12 Pfennig erhöht, wozu noch die Mehrkosten des Betriebes kommen. 11 oder 12 Pfennig-Fahrpreise zu erheben sei untunlich, wegen des Mangels an Kleingeld, (also müssen 3 Pfennig mehr bezahlt werden, als eigentlich nötig ist). Um dem Hirschberger Publikum entgegenzukommen, sollen Fahrscheinhefte ausgegeben werden, die 20 Fahrscheine für das innere Stadtgebiet für 2,60 Mark enthalten. Die Preise der Monats-, Schüler- und Arbeiterkarten sollen wie folgt festgesetzt werden: von Bahnhof Hirschberg

	Monatskarten.	Schülerkarten.
bis Deutscher Kaiser	9,75 Mk.	4,90 Mk.
Drei Eichen	11,80 Mk.	5,95 Mk.
Erholung	14,00 Mk.	7,00 Mk.
Ernsts Gasthof	16,00 Mk.	8,00 Mk.
Schloßplatz	17,75 Mk.	8,90 Mk.
Werkenthinschule	19,60 Mk.	9,30 Mk.
Stauweiher	21,25 Mk.	10,70 Mk.
Hermsdorf	22,75 Mk.	11,50 Mk.
Füllnerpark	19,60 Mk.	9,80 Mk.
Rotwasserbrücke	21,25 Mk.	10,70 Mk.
Nieder-Giersdorf	22,75 Mk.	11,50 Mk.
Mittel-Giersdorf	23,85 Mk.	12,50 Mk.
Ober-Giersdorf	25,00 Mk.	12,50 Mk.

Die Preise für Arbeiterkarten sollen in Zukunft betragen vom Bahnhof-Hirschberg bis

Deutscher Kaiser	1,25 Mk.
Drei Eichen	1,60 Mk.
Erholung	2,00 Mk.
Ernst's Gasthof	2,70 Mk.
Schloßplatz	2,80 Mk.
Werkentinschule	3,20 Mk.
Stauweiher	3,60 Mk.
Tietze	4,00 Mk.
Füllnerpark	3,20 Mk.
Rotwasserbrücke	3,60 Mk.
Nieder-Giersdorf	4,00 Mk.
Mittel-Giersdorf	4,40 Mk.
Ober-Giersdorf	4,80 Mk.

Der Magistrat Hirschberg hat zu diesen Tarifänderungen seine Zustimmung gegeben und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1920.

* **Der katholische Gesellenverein** hielt gestern abend im „Weißen Adler" eine Christbaumfeier ab, die einen überaus reizenden Verlauf nahm. Der Präses, Herr Kaplan von Malotki, hielt eine Ansprache, in welcher er dankbaren Herzens des Protektors des Vereins, Herrn Pfarrer Klug, gedachte, hohes Lob und Dank dem gräflich Schaffgotschschen Hause für seine Mildtätigkeit spendete, dem ältesten und Ehrenmitgliede, Herrn Grafen d'Haussonville, Dank für seine durch 50 Jahre bewiesene Gesellenvereinstreue abstattete und auch denen dankte, die zum so schönen Gelingen des letzten Weihnachtsfamilienabend beigetragen hatten, insbesondere aber Herrn Lehrer Liebig, der durch rastloses Streben und unermüdliche Arbeit dem Ganzen die Krone aufsetzte. In einer zweiten Rede wandte sich der Herr Präses an die Anwesenden in ergreifenden Worten, sich der Gesellenvereinssache voll und ganz zu widmen, die dazu führe, den Handwerksstand mit Segen zu erfüllen, ihn zu fördern und zu heben. Auch der Protektor des Vereins, Herr Pfarrer Klug nahm Gelegenheit, nach Abstattung seines Dankes für die Ehrungen, die ihm zuteil geworden, hinzuweisen auf die segensreiche Tätigkeit der Gesellenvereine, die dem Handwerk eine starke Stütze sein sollen im zukünftigen schweren Wirtschaftskampfe. In überzeugender Art wies er nach, daß neben Fleiß und Intelligenz des Handwerkers, Gottes Segen zu seinem Fortkommen unerläßlich sei. Der Beschluß der Teilnehmer des Abends, unserem gräflichen Hause ein Begrüßungs- und Dankschreiben zugehen zu lassen, wurde sofort in die Tat umgesetzt, durch sofortige Zustellung desselben an Herrn Reichsgrafen. Bald darauf traf vom Schlosse die Antwort ein, die den Dank hierfür enthielt und dem Verein ferneres Wohlwollen des gräfl. Hauses zusicherte mit dem Wunsche kräftigen Gedeihens desselben. Mit Freude und Dankbarkeit wurde das Schreiben zur Kenntnis genommen. Vorträge auf Geige, Klavier und Harmonium, Quartettgesänge und gemeinsamer Gesang trugen zur Erhöhung der Feststimmung bei. Eine Verlosung mitgebrachter, zum Teil recht wertvoller Geschenke, und die amerikanische Versteigerung eines Verlosungsgegenstandes erregten viel Heiterkeit bei den Versammelten. Trotz den Unbilden der Witterung hatte es sich das Ehrenmitglied, Herr Graf d'Haussonville, nicht nehmen lassen, der Christbaumfeier beizuwohnen, wofür ihm der Herr Präses herzlichen Dank abstattete.

□ **Einspruch der Kriegsteilnehmer gegen Steuerveranlagungen.** Bei solchen Kriegsteilnehmern, die auch während des Krieges zu Steuerleistungen herangezogen werden, mögen die Angehörigen, denen die Veranlagung zugestellt wird, dafür Sorge tragen, daß die Steuerbehörde von der Kriegsteilnehmerschaft des Steuerzahlers unterrichtet wird. Vielfach weiß die Steuerbehörde ja nichts davon, und so kann es kommen, daß irrtümlich Militäreinkommen oder steuerfreies Zivileinkommen zur Veranlagung herangezogen wird. Die Tatsache der Kriegsteilnehmerschaft hat, neben der Steuererleichterung, auch in der Regel Einfluß auf die Frist für etwaige Einsprüche und Berufungen gegen die Veranlagung. Während nämlich in Preußen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha (hier für Einkommen über 2000 Mark), Sachsen-Meiningen, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sondershausen und Lübeck die Frist für die Einlegung eines Einspruchs vier Wochen, in Mecklenburg einen Monat, im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha (für Einkommen unter 2000 Mark zwei Wochen, in Sachsen-Meiningen allgemein 14 Tage, im Königreich Sachsen drei Wochen nach Zustellung der Veranlagung beträgt, in Hessen innerhalb der beiden ersten Monate des Steuerjahres (April-Mai) Berufung erfolgen kann, und in Reuß j. L. die Frist jeweils bis zum 15. Juni läuft, braucht während des Krieges die gesetzliche Frist für die Einlegung des Einspruchs nicht wahrgenommen zu werden, so daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Veranlagung auch später, d. h. nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft bzw. des Krieges, anzufechten. Das Gleiche gilt für Reuß ä. L. für Angehörige mobiler Truppenteile. In Bayern ist für Kriegsteilnehmer die Frist für Einlegung einer Berufung oder eines Einspruchs auf sechs Monate nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft verlängert. In Württemberg, wo die Beschwerdefrist zwei Wochen beträgt, sind zwar Ausnahmen für die Kriegsteilnehmer nicht gemacht, doch werden Anstandsfälle vom Königlichen Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, aus Billigkeitsgründen in weitgehendem Maße berücksichtigt. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß nach reichsgesetzlicher Bestimmung die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer teils ganz unzulässig ist, teils gewissen Beschränkungen unterliegt.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Postprotestaufträge für Elsaß-Lothringen.** Nachdem der Bundesrat laut Bekanntmachung vom 20. Dezember bestimmt hat, daß die Protestpflicht für Wechsel, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, frühestens mit dem 31. Mai 1918 statt mit dem 31. Januar 1918 abläuft, ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. Oktober 1917, betreffend die Postprotestaufträge mit Wechseln und Schecken, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, entsprechend geändert worden. Danach werden die Postprotestaufträge mit Wechseln, die in diesem Gebiete zahlbar sind und deren Zahlungstag in die Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. Mai 1918 fällt, am 31. Mai 1918 nochmals zur Zahlung vorgezeigt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der Einbruch in Schloß Wilhelmshöhe.** Wegen des Einbruchsdiebstahls in dem Kaiserlichen Schloß zu Wilhelmshöhe verurteilte die Strafkammer des Landgerichts Kassel den 17jährigen Schüler Karl Wilke, den Sohn achtbarer Eltern, zu neun Monaten Gefängnis und den Althändler Hermann Nadel wegen Hehlerei zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus. Wilke war geständig, sieben Einbruchsdiebstähle in dem Kaiserlichen Schloß unternommen und dabei Kunstgegenstände aus den Gemächern des Kaisers, der Kaiserin, der Herzogin von Braunschweig und des Prinzen Joachim gestohlen zu haben. Für die wertvollen Kunstgegenstände, die auf dem freien Kunstmarkt nach Ansicht der Sachverständigen mit 80 000 bis 100 000 Mark bewertet wurden, hat Wilke von dem Althändler Nadel im ganzen 260 Mark erhalten.

Nah und Fern.

o **Der preußisch-bayerische Lotterievertrag**, der nächstens abläuft, wird aufrechterhalten bleiben. Preußen hat bis jetzt aus dem Lotterieverhältnis seit 1913 3 991 945 Mark an Bayern darauf bezahlt. Im Jahre 1917 dürfte eine weitere Preiszahlung von 1½ Millionen Mark dazu kommen.

o **Für 120 000 Mark Eisenbahngüter gestohlen.** Die in Hameln aufgedeckten Bahnhofsdiebstähle übertreffen bei weitem alles, was bisher an solchen Diebstählen vorgekommen ist. Vor kurzem wurde ein Packmeister verhaftet, bei dem sich für 10 000 Mark gestohlene Güter befanden; jetzt wurden ein Weichensteller und ein Rangierer festgenommen, die für etwa 120 000 Mark Waren gestohlen haben. Zur Fortschaffung der gewaltigen Diebesbeute waren zehn mit Pferden bespannte Wagen nötig. Es handelt sich hauptsächlich um Kleidungsstücke, Stoffe und Nahrungsmittel.

o **Die Pest in China.** Pariser Blätter melden aus Peking: Im Grenzgebiete der Provinz Tschansie und der Mongolei ist die Pest ausgebrochen, die sich schnell ausbreitet.

o **Selbstmord eines russischen Generalmajors.** Im Offiziersgefangenenlager in Mewe erhängte sich der russische Generalmajor Waltikow, der im Jahre 1915 bei den Kämpfen in Nowogeorgiewsk in deutsche Gefangenschaft geraten ist. Er zeigte seit einiger Zeit Spuren von Schwermut.

o **Die Feuerbestattung 1917.** Die Feuerbestattung hat im Laufe des Krieges im Deutschen Reiche sehr zugenommen. Die Zahl der Einäscherungen im Jahre 1917 ist auf 14 000 anzunehmen, während im Jahre 1913 nur 11 433 Einäscherungen gezählt wurden. Es gibt jetzt in Deutschland 53 Feuerbestattungsstätten; die zuletzt eröffneten befinden sich in Pforzheim, Königsberg in Pr. und Plauen.

Jungmannen in der Landwirtschaft.

Es braucht nicht besonders gesagt werden, wie wichtig die sorgfältige Frühjahrsbestellung gerade heuer sein wird. Auf Zuweisung von Gefangenen ist kaum zu rechnen; mehr als je werden also die Landwirte auf die Hilfe der Jungmannen angewiesen sein. Für die Tätigkeit der Schüler, die grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt wird, bestehen folgende Bedingungen:

Der Landwirt hat für angemessene Unterkunft und Verpflegung (gegen Abgabe der Lebensmittelkarten) zu sorgen, er trägt ferner die Kosten für Hin- und Rückreise, für verbilligte Eisenbahnfahrt (zirka 1 Pfg. je Kilometer) und Fuhrwerk. Als Entschädigung für den Schüler erwachsenden Unkosten und Lasten zahlt der Landwirt eine Mark je Kopf und Arbeitstag. Davon erhält der Schüler täglich 25 Pfg. Taschengeld und 50 Pfg. Kleiderabnutzungsgeld, erstere werden dem Jungmannen unmittelbar, letztere dem gesetzlichen Vertreter überwiesen. Ferner zahlt der Landwirt 10 Pfg. für den Jungmannen an den Vertrauensmann, den Rest in Höhe von 15 Pfg. soll er zur Deckung der Kosten für die staatliche Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung verwenden. Eine Sammelversicherung gegen Unfälle außerhalb und gegen Haftpflicht in- und außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes wird durch die Kriegswirtschaftsstelle eingerichtet werden. Die Jungmannen können der Aufsicht und wohlwollenden Fürsorge eines ortsansässigen Geistlichen, Lehrers oder angesehenen Landwirts unterstellt werden. Die Ueberweisung von Jungmannen ist — widerruflich, falls dringende Interessen der Jungmannen oder der Landwirtschaft, z. B. Verlegung der Jungmannenhilfe in einen anderen Betrieb, das erfordern. Für das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Schüler sind lediglich die Bestimmungen der Jungmannen-Organisation maßgebend.

Ueber Führung und Leistung erhält jeder Jungmann zum Schlusse seiner Dienstzeit ein Zeugnis vom Arbeitgeber, das dieser dem Vertrauensmann zur Kenntnis und zur Vermittlung an die Schulleitung übersendet. Das Bewußtsein des Jungmannen, ein Zeugnis zu erhalten, wird ihn wesentlich anspornen, seine Leistungen zu steigern und seine Führung einwandfrei zu gestalten. Vom Arbeitgeber wird erwartet, daß sein Urteil nicht von kleinlichen Gesichtspunkten beherrscht wird, daß er die Schwächen der Jugend von dem zu trennen weiß, was der Jungmann insgesamt erstrebt und geleistet hat. Ein solcherlei gerechtes Urteil wird auch für die Schulleitung ein brauchbarer Maßstab bei Entscheidung der Frage sein, ob der betreffende Jungmann später wieder hinausgesandt werden kann.

Als Vertrauensmänner für die Jungmannhilfe gelten im Kreise Hirschberg folgende Herren: Gutsbesitzer Reinhold Besser in Gotschdorf, Rentier Giessel, Cunnersdorf, Rentier R. Scholz, Cunnersdorf, Oberinspektor a. D. Scholz, Hirschberg, Ziegelstraße 14, Rentier Zimmermann, Hirschberg, Contessastraße 1, Amtmann a. D. Raymond, Herischdorf, Rentier Klosse, Hermsdorf, Rentner von Rabenau, Cunnersdorf, Rittergutspächter M. Krieg, Lomnitz, Rittergutspächter Wolf, Boberröhrsdorf, Rittergutspächter Laengner, Berthelsdorf bei Altkemnitz.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Befehls des Stellvertretenden General-Kommandos 5. Armee-Korps vom 2. 12. 1917, § 3, wird die **Verkaufszeit in offenen Verkaufsstellen** (Ladengeschäfte usw.) **im Amtsbezirk Warmbrunn für Sonn- und Feiertage auf 8—9 Uhr vormittags und 11 Uhr vormittag bis 2 Uhr nachmittag** festgesetzt.

Der Verkauf in **Milchgeschäften und Bäckereien** ist auch **vor 8 Uhr vormittags unbeschränkt zugelassen.**

Warmbrunn, den 7. Januar 1918.

Der Amtsvorsteher
Schloßbauer.

Am 7. d. Mts. erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein heißgeliebter, guter Gatte, der treusorgende Vater seiner 2 Kinder, unser unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Eisendreher und Landsturmmann

Heinrich Bönisch

im Alter von 40 Jahren in Liesing bei Wien gestorben ist.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

die trauernden Hinterbliebenen

Anna Bönisch geb. Thamm,
als Gattin,
Aloysia und Hellmuth
als Kinder,
nebst Eltern und Geschwister.

Warmbrunn, Jungbuch, Hronow i. Böhmen, den 7. Januar 1918.

Ein letzter Gruß von uns, geliebter Gatte,
Soll Dich begleiten, beim Gang zum stillen [Kämmerlein,
Und Engel sollen Dich hinüberleiten,
Ins Heimatland zum ewigen Frieden ein.

Ruhe sanft, auf Wiedersehen!

Nach jahrelangem Leiden verstarb Gott ergeben zu Lichtenstein-Callnberg unser herzensguter Schwager und Onkel

Rentier

August Chriske.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Agnes Willmann,
Anna Triebel,
Theodor Triebel.

Beerdigung in Warmbrunn von der Leichenhalle Donnerstag nachmittag 2½ Uhr.

Stenographie.

Am Donnerstag, den 10. Januar 1918, abends 8 Uhr

Versammlung

zwecks Gründung eines Stenographen-Vereins im Deutschen Hause.

Alle Stenographiekundigen, namentlich diejenigen, welche am Kursus teilgenommen haben, sind willkommen.

Der Einberufer.

---

100 Bogen feinstes **Billetpapier** und **Kuverts** für nur **5.00 M.** **100**

empfiehlt

P. Fleischer's Buchdruckerei.

Visitenkarten liefert schnell und billig **Buchdr. Fleischer.**

Wer nimmt

einen älteren Herrn zum Mittagtisch 12 Uhr

Angebote unter **Mittagstisch** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine

Bedienung

gesucht.

Wrangelstrasse 10

Zwei Stuben und Kammer

Ostern zu vergeben.

Jlmhof, Märzdorferstraße.

Visiten-Karten

liefert schnell und billig

Nachrichten u. Tageblatt.

Bitte

für das

Knaben-Weisenhaus Martineum

zu **Anhalt, Diözese Pleß O.-S.**

Wer von den lieben Freunden und Vereinen nah und fern würde dem so edlen Samariterwerk anläßlich des 25-jährigen Bestehens durch Darreichung einer Jubiläums-Spende die Aufnahme armer Kriegerwaisen pekuniär ermöglichen helfen? Es sei dieses im Jahre 1893 vom in Gott ruhenden Superintendenten Dr. Kölling-Pleß auf Hoffnung gegründete Liebeswerk des Glaubens, welches in dieser schweren Zeit erst recht mit pekuniären Sorgen zu kämpfen hat, erneut der barmherzigen Liebe empfohlen. Jubiläums-Spenden — auch das geringste Scherflein — nehmen jetzt entgegen: Herr Pastor prim. Hilsberg-Liegnitz, pens. Hüttenbeamter von Brittwitz und Gaffron-Hermsdorf u. Kynast, sowie der Sächsische Gustav-Adolf-Bote, Dresden, Blumenstraße 12, und Herr Pastor prim. Häbler-Bautzen, welcher sich persönlich über die großen pekuniären Nöte dieses so wichtigen Samariterwerkes überzeugt hat. Der große Kinderfreund droben und der Vater der Waisen wird's ihnen vergelten öffentlich.

Zigarrenabschnitte werden ebenfalls mit herzlichem Dank entgegengenommen.

Für 15 Pfg.

wöchentlich bringt

„Die Welt-Literatur"

die besten

Romane u. Novellen.

Sie ist die unterhaltendste und billigste

Haus-Bibliothek

die in keiner Familie fehlen sollte.

Vierteljährlich (13 Nummern) . . . . . 1.80 Mk.
Vierteljährlich Feldpost (13 Nummern) 2.10 Mk.
Probe-Bände (3 Nummern) mit Porto —.40 Mk.

Verlag: „Die Welt-Literatur" München 2

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

bisher beantragte Versicherungen 15000 Millionen Mk. Dividendenzahlungen an die Versicherten in den drei Kriegsjahren 1914/16: 23 Millionen Mark.

Mitversicherung der Kriegsgefahr.

Auskunft erteilt Buchdruckereibesitzer
Paul Fleischer in **Warmbrunn.**

Schutz-Mappen

für Lebensmittelmarken empfiehlt

zum Preise von **30** Pfennig

Paul Fleischer's Buchdruckerei.

Hand aufs Herz!

Trägst und verwahrst du noch Goldschmuck?

Weißt du nicht, daß auch dir die Pflicht gebietet, ihn zur Goldankaufsstelle zu bringen, damit er dem Lande nütze!

Ankaufszeit bei der Goldankaufsstelle **Warmbrunn, Gemeindeamt, 1. Stock, Zimmer 4,** jeden **Dienstag und Donnerstag v. 10—11 Uhr** vormittags.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: beim Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75

jährlich % der Einlage 7,248 | 8,244 | 9,612 | 11,498 | 14,196 | 18,100

Bei längerem **Aufschub** der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.

Für Frauen besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1916: 124 Millionen Mark.

Tarife und sonstige Auskunft durch **Hermann Plaschke** in **Warmbrunn,** Schlossplatz 3.

Neu! Neu!

Das lustige Salzerbuch

Preiskart. **3** Mk. **Band III.** Eleg. geb. **4** Mk.

Enthält köstliche Perlen der Literatur — Autoren wie

Walter Bloem	**Ludwig Fulda**
Cäsar Flaischlen	**M. v. Ebner-Eschenbach**
Fritz Müller	**Ludwig Ganghofer**
H. Zuckermann	**Roda Roda**
Otto Anthes	**v. Schlicht**
Max Bernstein	**Oskar Blumenthal**
Karl Ettlinger	**u. a. m.**
Marcell Salzer	

sind mit ihren besten Werken in Vers und Prosa vertreten. Allen Freunden Salzer'scher Vortragskunst, besonders denenigen, die seine Vorträge besuchen, sei dieser vortreffliche Band empfohlen.

Vorrätig in allen Buch- und Musikalien- Handlungen

sonst direkt vom Verleger

Anton J. Benjamin,

Hamburg 11, Alterwall 44.

Drucksachen

für

Geschäfts- u. Privatbedarf

in Schwarz- u. Buntdruck empfiehlt in modernster Ausführung zu zeitgemäss :: :: billigen Preisen :: ::

P. Fleischer
Buchdruckerei
Bad Warmbrunn.
Fernsprecher 115.